



Stellungnahme des Aktionsbündnisses in Recklinghausen zum „Pflege-Aktionstag“

Die pflegerische Versorgung der Bevölkerung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe (§ 8 SGB XI). Zur Sicherstellung einer professionellen pflegerischen Versorgung in der Häuslichkeit spielt die ambulante Pflege eine entscheidende Rolle in unserem Gesundheitssystem, insbesondere in einer Zeit, in der die Bedürfnisse einer alternden Bevölkerung stetig steigen. Die Dynamik im zentralen Infrastruktursystem der Pflege ändert sich fortlaufend durch die zunehmende Digitalisierung und sich ständig verändernden Bedingungen in der gesundheitspolitischen Entwicklung. Die größte Herausforderung in der Pflege ist allerdings der bestehende Pflegenotstand mit dem damit verbundenen Problem, nicht mehr alle Pflegebedürftigen versorgen zu können. Meldungen von Insolvenzen und Schließungen, nicht nur von stationären Einrichtungen, auch von ambulanten Pflegediensten sind bekannt und gibt es auch hier im Kreis Recklinghausen. Langfristig kann professionelle Pflege und Begleitung der kranken, hilfe- und pflegebedürftigen Menschen und ihrer Zu- und Angehörigen dauerhaft nicht mehr zugesichert werden.

Die Problemlagen sind sehr vielschichtig:

Pflegenotstand

Die Unterversorgung in der Pflege wird sich in den kommenden Jahren weiter verschärfen. Rund 1/3 der Pflegekräfte ist über 55 Jahre alt. Mehr Pflegekräfte werden in den Ruhestand gehen, als durch Ausbildung neue Pflegekräfte hinzukommen. Gleichzeitig wird die Zahl Pflegebedürftiger ansteigen. Grundsätzlich zählt zum Berufsbild der Pflegekraft in erster Linie die Versorgung und Betreuung der Pflegebedürftigen. Tatsächlich kommen zu den konkreten pflegerischen Tätigkeiten jedoch viele bürokratische Aufgaben hinzu. Arbeitszeit, die so genutzt werden muss, fehlt dann für die Versorgung der zu Versorgenden und führt langfristig zur Unattraktivität des Berufsbildes.

Zahlungsverzug und unberechtigte Rechnungskürzungen

Zahlungsverzug der Sozialhilfeträger, Kranken- und Pflegekassen sind umgehend zu beheben. Kürzungen der Rechnungen der Pflege- und Krankenkassen werden oftmals nicht sachgerecht begründet, sind sehr oft unberechtigt oder gar zeitlich deutlich verschoben.

„Wahre“ Entbürokratisierung

Die Pflegedokumentation trägt zwar in hohem Maße zu einer bedarfsgerechten und sicheren Pflege bei. Durch Ausweitungen der Dokumentation geht der Umfang nun allerdings über das erforderliche Maß hinaus und kostet Pflegekräften viel Zeit. Zeit, die sie lieber in die direkte Versorgung und Betreuung investieren würden. Dazu wächst die Misstrauenskultur gegenüber den Pflegediensten mit einer Zunahme an



Ruhrgebietskonferenz Pflege Die Einflussnehmer

Nachweispflichten (z.B. Qualifikationsnachweisen) und Durchführung von Prüfungen, welche als Vertrauensverlust bewertet wird.

Die Bürokratie-Last ist in den vergangenen fünf Jahren deutlich gestiegen: Datenschutz, Berufliches Gesundheitsmanagement, Brandschutzschulungen, Beschwerdemanagement, jährliche Qualitätsmaßnahmen ... machen den Beruf auch für Neueinsteiger äußerst unattraktiv, weshalb sich die meisten Pflegekräfte die Verringerung der Bürokratie und mehr Zeit für die Patienten wünschen.

Die zunehmende pflegewissenschaftliche und sicherlich nicht unberechtigte Weiterentwicklung in der Pflege kann aber im Kostengeschehen nicht abgebildet werden. Beispiel: Expertenstandard Beziehungsgestaltung – Beziehung aufbauen zur*m Kund*in kostet Zeit – Zeit kostet Geld, wird aber nicht in den Vergütungsverhandlungen abgebildet.

Entlastende Maßnahmen sind Digitalisierungsprogramme, die neben der Anschaffung und Unterhaltung auch viele Fortbildungsstunden des Pflegepersonals bedeuten, bevor es irgendwann als entlastend wahrgenommen wird. Da die Arbeit der Pflegekräfte im wertschöpfenden Anteil liegt und Fortbildungen in den Verhandlungen ebenso nicht abgebildet werden, ist der Digitalisierungsauftrag erst in hohem Maße kostenaufwändig.

Berücksichtigung der tatsächlichen Kostenstruktur mit zeitnaher Anerkennung der Tarife bei den Vergütungsverhandlungen mit den Pflegekassen

Verhandlungsprozesse sind sehr langwierig und sehr komplex. Die Ergebnisse liegen immer zeitlich hinter den Tarifanpassungen und nicht planbarer Kostensteigerungen. Es gilt prospektiv Verhandlungen zu führen und kurzfristig nachzuverhandeln. Der bisherige Weg, dass ambulante Dienste immer in „Vorleistung“ gehen, führt zu erheblichen Liquiditätsschwierigkeiten bei den Pflegediensten.

Alle tatsächlichen Kosten müssen anerkannt werden, für Digitalisierung, Arbeitssicherheitsmaßnahmen, Erstellung von Krisenkonzepten, Fortbildungen, Datenschutz, steigende krankheitsbedingter Ausfälle...

Häusliche Krankenpflege

Der massive zeitliche Aufwand des Ordnungsmanagements in Zusammenarbeit mit den behandelnden Ärzten muss über die Krankenkassen vergütet werden. Weitere Leistungen, wie Erstgespräche, Beratungen mit Patienten und Zu- und Angehörigen, Fallbesprechungen müssen ebenso Berücksichtigung finden. Die erbrachten Leistungen der Pflegekräfte in den ärztlich verordneten Segmenten müssen alle einzeln vergütet werden und nicht mehr nur einzelne Leistungsgruppen bezahlt werden.

Spezialisierung von Diensten in der Häuslichen Krankenpflege

In der Häuslichen Krankenpflege gibt es mittlerweile eine Vielzahl an Spezialisierungen von Diensten, für die erhöhte Qualifikations- und strukturelle Anforderungen vorausgesetzt werden. Dabei gibt es diese Spezialisierungen, z.B. Versorgung von chron. Wunden,



Ruhrgebietskonferenz Pflege Die Einflussnehmer

nicht flächendeckend. Es ist sinnvoll diese Leistungen, aufgrund des Fachkräftemangels, wieder im ambulanten Pflegedienst zu verorten und entsprechend zu vergüten, um deutliche Einsparungen der Krankenkassen zu vollziehen und Kund*innen zu versorgen.

Finanzierung der investiven Aufwendungen

Die Förderung der investiven Aufwendungen liegt seit Einführung der Pflegeversicherung unverändert bei 2,15 €. Zunehmende Aufwendungen von Bedarfen, vor allem in der Digitalisierung und steigende Kosten (Anschaffung von Fahrzeugen) sowie die Einführung von nachhaltigen Maßnahmen in der ambulanten Pflege machen eine Anpassung der Investitionskosten notwendig.

Digitalisierung

Kosten bei den Kranken- und Pflegekassen können eingespart werden, wenn digitale Abrechnungen auch digital bleiben. Trotz eines Datenträgeraustausches müssen Leistungsnachweise ausgedruckt und versandt werden. Die kontraproduktive Umsetzung ist zeit- und kostenaufwändig und keineswegs nachhaltig.

Eine gute Versorgung bei Pflegebedürftigkeit darf keineswegs zu einem Glücksspiel werden. Wir fordern die Politik und die Akteure im Gesundheitswesen auf, die ambulante Pflege wirtschaftlich zu begleiten, Insolvenzen zu vermeiden und die pflegerische Versorgung in Zukunft zu sichern. Dabei müssen die Pflegedienste unterstützt werden und der Beruf an Attraktivität durch Wertschätzung und weniger entgegengebrachten Misstrauen gewinnen.

Stellvertretend für das Aktionsbündnis

Martina Waldner

Abteilungsleitung

**Arbeiterwohlfahrt Unterbezirk
Münsterland-Recklinghausen**